



Stell dir vor:

**DEINE BANK SCHÜTZT
DAS KLIMA.**

sparda-n.de

Geschäftsbericht 2020

der Sparda-Bank Nürnberg eG

Sparda-Bank

Die Deine Bank.



**Stefan Schindler,
Thomas Lang,
Markus Lehnemann**
(von links)

Grüßwort des Vorstands.

Sehr geehrte Mitglieder, sehr geehrte Leser,

das alles überragende Thema des Jahres 2020 war die Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf das Leben eines jeden Einzelnen, auf das Bildungswesen, auf das wirtschaftliche und politische System und nicht zuletzt auf das Gesundheitswesen. Auch wir als Bank standen vor gewaltigen Herausforderungen und mussten die Spielräume, die wir als systemrelevantes Unternehmen hatten, stets neu justieren. Dabei folgten wir den Empfehlungen der Virologen, der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung mit größter Sorgfalt. Die Gesundheit unserer Kundinnen und Kunden und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stand – und steht auch heute noch – stets an erster Stelle.

Natürlich hat die Pandemie unsere Geschäftsentwicklung belastet. Trotz ausgeklügelter Hygienekonzepte zögerten unserer Mitglieder, Beratungsleistungen in unseren Filialen in Anspruch zu nehmen. Unsere sofort etablierten digitalen Beratungsangebote wurden von unseren klassischen Filialkunden jedoch nur verhalten als Alternative zum persönlichen Gespräch in unseren Räumen angenommen.

Corona war nicht die einzige Herausforderung 2020. Die anhaltende Nullzinsphase sowie stetig wachsende regulatorische Anforderungen verursachten bei allen Banken – und auch bei uns – sinkende Erträge und steigende Kosten. Daher mussten wir im Herbst die Einführung eines Girokontoentgelts und eines Verwahrtgelts auf hohe Girokontoguthaben und klassische Spareinlagen ankündigen, die ab dem 1. Januar 2021 in Kraft traten. Dieser Schritt war notwendig, um unsere Genossenschaft gemeinsam mit unseren Mitgliedern in eine sichere Zukunft zu führen.

Gemäß unserer „Strategie 2030“ konnten wir in unserem Kerngeschäft, der Baufinanzierung, neue Märkte und neue Zielgruppen erschließen. Wir vermitteln seit Anfang 2020 Baufinanzierungen an unseren Partner Bausparkasse Schwäbisch Hall und treten seit September als Plattformanbieter für Baufinanzierungen auf. Dadurch konnten wir im Berichtsjahr das Baufinanzierungs-Rekordergebnis des Vorjahres sogar noch toppen. Die digitale Transformation schreitet in der Sparda-Bank mit

großen Schritten voran. So haben wir über unser Digital-Konzept neue Zielgruppen und Wertschöpfungsketten erschlossen und damit die Weichen für eine zukunftsorientierte Entwicklung als Ergänzung zum Filialgeschäft gestellt.

Gemäß unserem genossenschaftlichen Selbstverständnis haben wir auch im vergangenen Geschäftsjahr einen aktiven Beitrag zur Förderung des Gemeinwesens in unserer Region geleistet. Wir unterstützten vor allem soziale Projekte zur Bildung und Integration von Kindern und Jugendlichen sowie Projekte im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Besonders schmerzt uns, dass wir den beliebten „SpardaKultursommer“ in 2020 pandemiebedingt aussetzen mussten. Wir hoffen, dass die Impfkampagne der Bundesregierung schnell Wirkung zeigt, damit wir im kommenden Jahr wieder in ruhigeres Fahrwasser gelangen.

Angesichts der globalen Erderwärmung liegt uns der Klimaschutz besonders am Herzen. In der Vergangenheit haben wir bereits erfolgreich große Anstrengungen zur CO₂-Reduzierung in unserer Bank unternommen. Nicht vermeidbare Emissionen gleichen wir durch Klimaschutzzertifikate aus. Dafür wurden wir zusammen mit der SpardalimmobilienWelt für die Jahre 2021 bis 2023 durch die Fokus Zukunft GmbH & Co. KG als klimaneutrales Unternehmen zertifiziert.

2021 feiern wir unser 90-jähriges Jubiläum. Die Corona-Krise wird uns weiterhin begleiten und nicht ohne wirtschaftliche und soziale Folgen überwunden werden können. Dennoch sind wir zuversichtlich, auch in unserem Jubiläumsjahr unsere Ziele erreichen zu können.

Wir danken unseren Kundinnen und Kunden sowie allen Mitgliedern und Geschäftspartnern für ihr Vertrauen. Darüber hinaus danken wir der Vertreterversammlung, dem Aufsichtsrat, unseren Kooperationspartnern und dem Verband der Sparda-Banken für die Unterstützung und die erfolgreiche Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank gebührt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement, ihre Rücksichtnahme und Solidarität in diesen schwierigen Zeiten.

Der Vorstand

Stefan Schindler

Thomas Lang

Markus Lehnemann

Bericht des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2020 hat der Aufsichtsrat insgesamt 10 Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung, die strategische Ausrichtung, die Risikosituation gemäß der MaRisk, die Neuaufstellung der IT und verschiedene Beteiligungsangelegenheiten.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Prüfungs- und Risikoausschuss, einen Kreditausschuss und einen Personalausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrats.

Der vorliegende Jahresabschluss 2020 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses

hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses – unter Einbeziehung des Gewinnvortrages – entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie den Jahresabschluss zum 31.12.2020 festgestellt.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

In diesem Jahr scheiden turnusmäßig Frau Schäfer sowie die Herren Nachtigall und Scheb aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats ist zulässig.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstandes und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparda-Bank Nürnberg eG für die erfolgreiche Arbeit bzw. Zusammenarbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Nürnberg, den 20.05.2021

Franz Rackl

Vorsitzender des Aufsichtsrats



Die Mitglieder des Aufsichtsrats

Hinten, von links:

Susanne Tauber

Industriefachwirtin, Betriebsratsvorsitzende

Jürgen Pauli

Regierungsdirektor a.D., bis 13.10.2020

Matthias Birkmann

Geschäftsstellenleiter/Gewerkschaftssekretär der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft in Nürnberg

Franz Rackl

Aufsichtsratsvorsitzender, Betriebsratsvorsitzender
DB Netz Nürnberg, Bundesbahnoberamtsrat

Alois Frank

Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, Betriebsratsvorsitzender DB Cargo AG Nürnberg, Bundesbahnoberamtsrat

Sandra Schäfer

Rektorin, Personalratsvorsitzende im Bereich des Staatlichen Schulamts in der Stadt Nürnberg

Thomas Scheb

Arbeitsgebietsleiter DB JobService Bayern

Vorne, von links:

Uwe Müller

Besonderer Personalrat, Dienststelle des Bundeisenbahnvermögens Süd, ab 13.10.2020

Rainer Nachtigall

Polizeidirektor, Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bayer. Staatsministerium des Innern und für Integration

Silvia Neubauer

Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende DB Netz Nürnberg B.A.

1. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2020

Aktivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			25.174.520,38		27.877
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			151.607.416,05		250.267
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	151.607.416,05				(250.267)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	176.781.936,43	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			114.152.412,72		91.631
b) andere Forderungen			71.329.106,38	185.481.519,10	41.175
4. Forderungen an Kunden				3.205.919.414,27	2.909.831
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2.518.701.441,62				(2.275.826)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		53.277.273,86			52.830
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	53.277.273,86				(52.830)
bb) von anderen Emittenten		351.651.424,01	404.928.697,87		448.415
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	176.048.056,38				(212.565)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	404.928.697,87	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				662.655.614,41	629.589
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			18.172.723,94		18.492
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			9.690,00	18.182.413,94	10
darunter: bei Kreditgenossenschaften	-				(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				9.500.000,00	6.000
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				12.465,29	23
darunter: Treuhandkredite	12.465,29				(23)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			672.729,70		907
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	672.729,70	-
12. Sachanlagen				29.078.929,14	30.490
13. Sonstige Vermögensgegenstände				16.882.560,79	14.530
14. Rechnungsabgrenzungsposten				2.716.756,91	1.168
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				-	-
17. _____				-	-
Summe der Aktiva				4.712.813.037,85	4.523.235

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			309.213,71		1.404
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			220.760.794,55	221.070.008,26	93.202
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	432.728.800,13				408.539
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	15.595.940,84	448.324.740,97			24.892
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	3.652.237.665,22				3 551.763
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.821.871,19	3.664.059.536,41	4.112.384.277,38		103.322
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			70.564,60		105
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten				70.564,60	-
darunter: Geldmarktpapiere					(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf					(-)
3a. Handelsbestand					
4. Treuhandverbindlichkeiten				12.465,29	23
darunter: Treuhandkredite	12.465,29				(23)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				2.539.814,41	8.983
6. Rechnungsabgrenzungsposten				1.282.512,80	1.457
6a. Passive latente Steuern					
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			19.157.930,00		17.661
b) Steuerrückstellungen			1.298.464,28		-
c) andere Rückstellungen			7.078.817,97	27.535.212,25	8.999
8.					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				30.237.341,67	5.079
10. Genusssrechtskapital					
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig					(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				81.000.000,00	80.000
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB					(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			70.401.396,00		55.222
b) Kapitalrücklage					-
c) Ergebnismrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	20.535.000,00				19.935
cb) andere Ergebnismrücklagen	141.532.293,87				137.410
cc)			162.067.293,87		-
d) Bilanzgewinn			4.212.151,32	236.680.841,19	5.239
Summe der Passiva				4.712.813.037,85	4.523.235

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln					-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.029.657,29		1.369
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				1.029.657,29	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften					-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen					-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			319.608.346,10	319.608.346,10	379.541
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften					(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2020

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		62.181.546,93			59.938
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		2.562.501,86	64.744.048,79		3.368
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	11.796,15				(394)
2. Zinsaufwendungen			-13.653.044,69	51.091.004,10	-13.555
darunter: erhaltene negative Zinsen	753.696,01				(216)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			9.087.501,46		8.518
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			204.053,21		1.296
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	9.291.554,67	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			15.237.110,71		15.745
6. Provisionsaufwendungen			-7.789.729,71	7.447.381,00	-8.938
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				3.141.930,39	2.388
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-17.039.223,43			-17.744
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		-5.074.026,00	-22.113.249,43		-4.995
	-2.270.516,21				(-2.016)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-32.100.839,04	-54.214.088,47	-31.159
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.103.062,64	-2.177
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-1.145.718,48	-1.162
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-645.671,19			(-793)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-763.222,42		-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-763.222,42	534
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-211.037,10		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Betei- ligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-211.037,10	316
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				12.534.741,05	12.373
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-1.599.386,88		-1.571
22. Außerordentliches Ergebnis				-1.599.386,88	(-1.571)

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-5.648.703,68		-2.570
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-74.499,17	-5.723.202,85	-73
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-1.000.000,00	-2.920
25. Jahresüberschuss				4.212.151,32	5.239
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				4.212.151,32	5.239
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				4.212.151,32	5.239
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
				4.212.151,32	5.239
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				4.212.151,32	5.239

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank Nürnberg eG, Nürnberg, ist beim Amtsgericht Nürnberg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 50 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit dem Nennwert ausgewiesen. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungsbetrag und höherem Nennwert wurden – sofern Zinscharakter vorliegt – in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten bzw. Unterschiedsbeträge zwischen höherem Auszahlungsbetrag und dem Nennwert in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigem Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und unversteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Gemäß dem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht wurden Zins- und Tilgungsansprüche aus Verbraucherdarlehen, die im Zeitraum zwischen dem 01. April 2020 und dem 30. Juni 2020 fällig waren, kraft Gesetzes für drei Monate gestundet, wenn der Verbraucher aufgrund der durch die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie hervorgerufenen außergewöhnlichen Verhältnisse Einnahmehausfälle hat, die dazu führen, dass ihm die Erbringung der geschuldeten Leistung nicht zumutbar ist („gesetzliches Moratorium“). Sofern Kunden von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, wurde der vertraglich auf den Zeitpunkt des gesetzlichen Moratoriums entfallende und entstandene Zinsanspruch für den Zeitpunkt der rechtlichen Entstehung aktiviert und als Zinsertrag in der GuV-Rechnung ausgewiesen.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Die Bewertung des gesamten Wertpapierbestandes erfolgte nach den Grundsätzen des strengen Niederstwertprinzips. Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaftsbanken sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten und, soweit erforderlich, vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Die Abschreibungen wurden grundsätzlich linear pro rata temporis vorgenommen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, bei denen steuerrechtlich die degressive Abschreibungsmethode aus Altbeständen noch anerkannt wird, wurden degressiv abgeschrieben. Von der im Rahmen der Corona-Fiskalpakete steuerlich eingeführten Möglichkeit, für Investitionen des Jahres 2020 die degressive Abschreibungsmethode zu nutzen, wurde kein Gebrauch gemacht.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR (Netto-Einzelwert) werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Bestände an physischem Gold wurden unter Berücksichtigung der von der Deutschen Bundesbank zum Jahresende hin veröffentlichten Tageskurse nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Wegen des Aktivüberhangs unserer Steuerlatenzen wurde vom Nichtaktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht. Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere bei den Kundenforderungen, den Wertpapieren, den sonstigen Vermögensgegenständen sowie den Rückstellungen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit statischer Prämie berechnet. Hierbei wurden die Heubeck-Richttafeln 2018 G zugrunde gelegt. Als Gehaltstrend wurde teilweise 5 % bzw. teilweise 0 % und als Rententrend 2 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose per Dezember 2020. Der prognostizierte Zinssatz betrug 2,31 %. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 3.696.478 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt nicht im sonstigen betrieblichen Ergebnis, sondern im Personalaufwand ausgewiesen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Die Anschaffungskosten bzw. der beizulegende Zeitwert wurden in Höhe von 14.185.426,03 EUR mit dem Erfüllungsbetrag der Altersvorsorgeverpflichtung in gleicher Höhe verrechnet.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen (Deckungsvermögen: Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 209.020,52 EUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Vom Beibehaltungswahlrecht des Artikels 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde Gebrauch gemacht. Der Betrag der Überdeckung betrug zum 31. Dezember 2020 189.095,75 EUR.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2020 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 319.608.346,10 EUR betreffen 319.608.346,10 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Im Wesentlichen gewähren wir unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Daneben werden unwiderrufliche Kreditzusagen für die Zeichnung von Anteilen im Bereich von Immobilienfondsvermögen gewährt. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Einmalige Ausgleichszahlungen bei Derivaten des Nichthandelsbestandes, die sich im Zusammenhang mit der Umstellung von Referenzzinssätzen auf Grundlage der EU Verordnung 2016/2011 (Benchmark-Verordnung) ergeben können, sind nicht angefallen.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zins-Swaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) b)	Abgänge Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	1.900.854	14.515	-	a) b)	4.998 -	1.910.371	672.730	906.700
Sachanlagen								
a) Grundstücke und Gebäude	36.665.565	-	-	a) b)	8.825 -	36.656.740	22.593.813	23.673.137
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	18.464.071	457.188	-	a) b)	612.700 -	18.308.559	6.485.116	6.816.916
a	57.030.490	471.703	-	a) b)	626.523 -	56.875.670	29.751.659	31.396.753

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	(+) EUR	(-) EUR	(+/-) EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	994.154	-	4.499	-	247.986	-	1.237.641
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	12.992.428	-	-	-	1.070.499	-	14.062.927
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	11.647.155	-	608.289	-	784.577	-	11.823.443
a	25.633.737	-	612.788	-	2.103.062	-	27.124.011

	Anschaffungskosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	18.523.668	-341.254	18.182.414
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.000.000	3.500.000	9.500.000
b	24.523.668	3.158.746	27.682.414
Summe a und b	81.554.158		57.434.073

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 133.974.851 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	704.970	-	12.500.000	50.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	48.595.289	142.048.929	738.352.820	2.270.081.746

In den Forderungen an Kunden sind 6.840.630 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 41.179.157 EUR fällig.
- In den Forderungen an Kreditinstitute, den Forderungen an Kunden sowie den anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

Forderungen an verbundene Unternehmen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	12.283	10.815

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) oder Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) oder vergleichbarem EU-Investmentvermögen oder vergleichbarem ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Wertsicherung	471.162.592	471.162.592	-	6.877.467	Ja
Liquiditätssteuerung	174.825.047	174.825.047	-	779.964	Ja

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
	%				
SpardalImmobilienWelt GmbH, Nürnberg	100,00	2020	9.064.174	2020	100.474

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
	%				
a) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,22	2020	3.191.383.755	2020	-216.481
b) COMECO GmbH & Co. KG, Stuttgart (vormals Nürnberg)	10,62	2019	24.398.147	2019	-31.419.518

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	404.928.698	384.063.263	20.865.435	-

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	20.142.442
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.485.116

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Goldbestand	13.153.804
Forderungen an das inländische Finanzamt	2.095.518
Forderungen an inländische Gemeinden	1.261.857

- Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind 935.476 EUR Agiobeträge auf Forderungen (Vorjahr: 1.092.121 EUR) enthalten.
- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten – Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.086.051	4.243.512

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 145.925.725 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	6.571.229	4.897.897	99.466.900	109.824.769
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	55.472	11.001.571	4.538.898	-
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	214.740	11.031.796	560.714	14.621

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Sämtliche begebene Schuldverschreibungen (P 3a) sind bereits fällig.

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 3.523 EUR (Vorjahr: 6.914 EUR) enthalten.

- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten: Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 262.475 EUR an. Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
5.000.000	EUR	2,08	27.3.2025
5.000.000	EUR	2,11	8.7.2030
10.000.000	EUR	2,00	9.12.2030
5.000.000	EUR	1,77	30.9.2030

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt zehn Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR). Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

- In den nachfolgenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	1.601.584	4.300.428	2.540.027	3.555.542

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder		68.468.816
b) der ausscheidenden Mitglieder		1.401.504
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		531.076
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	52	

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 1. Januar 2020	19.935.000	137.410.048
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	600.000	4.122.246
Stand 31. Dezember 2020	20.535.000	141.532.294

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,000 %	571.416,96
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	500.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	3.140.734,36
Insgesamt	4.212.151,32

- Aus der Neuregelung zur Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ergeben sich keine ausschüttungsgesperren Beträge.
- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (inklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB)

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit			Summe	Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	≤ 1 Jahr	> 1 - 5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	98,5	480,8	1.309,3	1.888,6	-97,7	163,1
Zinsoptionen - Käufe	-	-	0,6	0,6	-	-

Die Zins-Swaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet und zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung eingesetzt.

Für Zinsbegrenzungsvereinbarungen im Volumen von 628.060 EUR wurden Optionsprämien in Höhe von 27.852 EUR im Posten der sonstigen Vermögensgegenstände aktiviert.

Die Adressenausfallrisiken sind als ungewichtete Kreditrisikoäquivalente entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften nach der Ursprungsrisikomethode angegeben.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- In den Zinserträgen sind 11.796 EUR (Vorjahr: 371.464 EUR) negative Zinsen aus Einlagen bei der EZB und täglich fälligen Guthaben bei der genossenschaftlichen Zentralbank enthalten (Reduktion des Zinsertrags). Die positiven Zinsen aus Passivgeschäften (insbesondere aus Einlagen von Bundesländern und von Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank sowie der genossenschaftlichen Zentralbank) belaufen sich auf 753.696 EUR (Vorjahr: 215.701 EUR) und sind im Zinsaufwand ausgewiesen (Reduktion des Zinsaufwands).
- Die für das Geschäftsjahr ermittelten Auf- und Abzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden unter den Zinsaufwendungen erfasst.
- Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden erbracht:
 - für die Vermittlung von Bausparverträgen
 - für die Vermittlung von Versicherungsverträgen
- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Im Zinsergebnis sind 5.244 TEUR Erträge aus der vorzeitigen Auflösung von Zins Swaps enthalten, die im Rahmen der barwertigen Steuerung nicht mehr benötigt wurden.

Im Zusammenhang mit der Transition und Transformation unseres IT Dienstleisters Sopra Financial Technology GmbH sind außerordentliche Aufwendungen zur Vorbereitung einer Systemmigration in Höhe von 1.599 TEUR angefallen.

	EUR
Sonstige betriebliche Erträge	
Erträge aus dem Verkauf von Edelmetallen	943.863

	EUR
Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Auf- bzw. Abzinsungseffekte für Rückstellungen außerhalb von Zinsprodukten	645.671

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind – soweit nicht vorstehend erläutert – folgende periodenfremde Erträge und Aufwendungen enthalten:

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge sind Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 772.750,63 EUR enthalten.

In der Position GuV 23 (Steuern vom Einkommen und vom Ertrag) sind periodenfremde Aufwendungen über 320.045,21 EUR enthalten.

E. Sonstige Angaben

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 231.349 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebener auf 700.598 EUR.
- Im Bereich der aktiven Vorstände wurde von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2020 Pensionsrückstellungen in Höhe von 3.495.371 EUR. Weiterhin bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 9.034.983 EUR, für die in gleicher Höhe Rückdeckungsversicherungsvermögen besteht; diese sind gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB miteinander kompensiert.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	60.262
Mitglieder des Aufsichtsrats	439.454

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit, Einlagen und Girogeschäfts vorgenommen.

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 7.480 TEUR.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Schadensfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2020 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	210,75	83,25
Gewerbliche Mitarbeiter	1,00	7,50
	211,75	90,75

Außerdem wurden durchschnittlich 39,25 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2020	220.114	1.019.988	53.039.376
Zugang 2020	5.653	333.886	17.362.072
Abgang 2020	7.450	37.165	1.932.580
Ende 2020	218.317	1.316.709	68.468.868

Durch Beschluss der Vertreterversammlung vom 13. Oktober 2020 wurde die bisherige Haftsumme pro Geschäftsanteil in Höhe von 52,00 EUR mit Wirkung ab dem 01. Januar 2022 abgeschafft. Somit entfallen die hier ausgewiesenen Haftsummen bei Eintragung im Genossenschaftsregister ab dem Jahr 2022.

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	15.429.440
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	15.429.492
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	52

■ **Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:**

Verband der Sparda-Banken e.V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main

■ **Mitglieder des Vorstandes**

Stefan Schindler (Vorstandsvorsitzender)
Ressortzugehörigkeit: Unternehmensservice und -entwicklung, Marketing, Innenrevision und Strategieprojekt

Thomas Lang (stellvertretender Vorstandsvorsitzender)
Ressortzugehörigkeit: Gesamtbanksteuerung einschließlich Rechnungswesen und Controlling,
Produktionsbereich sowie Compliance einschließlich Geldwäsche

Markus Lehnemann (Vorstandsmitglied)
Ressortzugehörigkeit: Vertrieb, Treasury, Datenschutz und Beschwerdemanagement sowie Informationssicherheitsbeauftragtenwesen

■ **Mitglieder des Aufsichtsrats**

Franz Rackl	(Aufsichtsratsvorsitzender, Betriebsratsvorsitzender DB Netz Nürnberg, Bundesbahnoberamtsrat)
Alois Frank	(stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, Betriebsratsvorsitzender DB Cargo AG Nürnberg, Bundesbahnoberamtsrat)
Matthias Birkmann	(Geschäftsstellenleiter/Gewerkschaftssekretär der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft in Nürnberg)
Rainer Nachtigall	(Polizeidirektor, Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bayer. Staatsministerium des Innern und für Integration)
Silvia Neubauer	(stellvertretende Betriebsratsvorsitzende DB Netz Nürnberg B.A.)
Sandra Schäfer	(Rektorin, Personalratsvorsitzende im Bereich des staatlichen Schulamts in der Stadt Nürnberg)
Thomas Scheb	(Arbeitsgebietsleiter DB JobService Bayern)
Susanne Tauber	(Industriefachwirtin, Betriebsratsvorsitzende)
Uwe Müller	(Vorsitzender des besonderen Personalrats bei der Dienststelle des Bundeseisenbahnvermögens Süd; technischer Bundesbahnoberamtsrat); Aufsichtsratsmitglied ab dem 13. Oktober 2020
Jürgen Pauli	(Regierungsdirektor a.D.); Aufsichtsratsmitglied bis zum 13. Oktober 2020

Nürnberg, 29. Januar 2021

(Ort, Datum)

Sparda-Bank Nürnberg eG

(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

A. Lagebericht

Der Lagebericht enthält Teile der nach Teil 8 Art. 435 bis 455 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) und nach § 26a KWG offenzulegenden Inhalte.

I. Grundlagen der Bank

Die Sparda-Bank Nürnberg eG ist schwerpunktmäßig eine Bank für Privatkunden wie Angestellte, Beamte, Rentner und sonstige Privatpersonen. Diesen Kundengruppen bieten wir ein attraktives Produkt- und Leistungsangebot an. Als Genossenschaftsbank steht die umfassende Beratung und Betreuung sowie die Förderung unserer Mitglieder im Mittelpunkt. Außerhalb des Privatkundengeschäftes werden schwerpunktmäßig auch Immobilienfinanzierungen an Wohnungsbaugesellschaften vergeben.

Unsere Kunden stammen zum großen Teil aus dem Einzugsbereich der Bank. Das Kerngeschäftsgebiet der Bank erstreckt sich im Wesentlichen auf den nordbayerischen Raum. Die Sparda-Bank Nürnberg eG betreut über digitale Wege auch Mitglieder und Kunden außerhalb dieses Kerngeschäftsgebietes.

II. Geschäftsverlauf

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Sparda-Banken

Die wirtschaftliche Entwicklung war im Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie geprägt. Mit dem Ausbruch der Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 kam es in Deutschland und auch in anderen Ländern zu Kontaktbeschränkungen und Produktionseinschränkungen. Staatlich auferlegte Einschränkungen führten bis hin zum Verbot konsumnaher wirtschaftlicher Aktivitäten insbesondere in den Monaten März und April sowie November und Dezember 2020.

Die globale Ausbreitung des Coronavirus schränkte weltweit wirtschaftliche Aktivitäten ein, unterbrach globale Lieferketten und beeinflusste den deutschen Außenhandel massiv. In vielen Ländern kam es zu einer tiefen Rezession.

Auch die deutsche Wirtschaft ist im Corona-Krisenjahr 2020 nach einer zehnjährigen Wachstumsphase in eine tiefe Rezession geraten, ähnlich wie zuletzt während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Nach den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes betrug der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts 5,0 %. Der konjunkturelle Einbruch fiel im Jahr 2020 insgesamt weniger stark aus als 2009 mit einem Rückgang von 5,7 %.

Die Außenhandelsbilanz schloss im Jahr 2020 mit einem im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringeren Überschuss ab. Während dieser in 2019 noch 224,0 Mrd. EUR betragen hatte, wurde 2020 ein Außenhandelsbilanzüberschuss von 179,1 Mrd. EUR erzielt. Ähnlich sieht es im Bereich der Leistungsbilanz aus. Nach den Berechnungen der Deutschen Bundesbank reduzierte sich der Überschuss von 266,2 Mrd. EUR auf 236,2 Mrd. EUR.

Bei den deutschen Exporten und Importen waren die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ebenso spürbar. Im Gesamtjahr 2020 waren die Exporte um 9,3 % und die Importe um 7,1 % niedriger als im Jahr 2019.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland betrug im Jahr 2020 durchschnittlich rund 44,8 Millionen Personen und somit 1,1 % weniger als im Vorjahr. Damit wurde der seit bislang 14 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit beendet. Das Statistische Bundesamt äußerte jedoch, dass ein Ende des Anstiegs der Erwerbstätigkeit auch ohne die Corona-Krise aufgrund des demografischen Wandels absehbar gewesen wäre.

Nach den vorläufigen Schätzungen des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 2020 durchschnittlich 1,85 Millionen Personen erwerbslos; dies waren über ein Drittel mehr als im Vorjahr.

Im Jahresdurchschnitt 2020 erhöhten sich die Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber 2019 um 0,5 %. Ein Jahr zuvor lag die durchschnittliche Steigerung noch bei 1,4 %. Ein Grund für die niedrigere Jahresteuersatzrate war die im Rahmen des Konjunkturpaketes der Bundesregierung umgesetzte temporäre Senkung der Mehrsteuersätze. Dies wirkte sich in der zweiten Jahreshälfte dämpfend auf die Verbraucherpreise aus.

Bei den Energieprodukten gab es im Jahr 2020 einen deutlichen Rückgang um 4,8 % gegenüber einem Anstieg um 1,4 % im Jahr 2019. Hier machte sich auch der Ölpreisverfall auf dem Weltmarkt in den ersten Monaten des Jahres bemerkbar. Dagegen verteuerte sich der Strom um 3,0 %. Überdurchschnittlich gestiegen sind mit +2,4 % auch die Preise für die Nahrungsmittel. Auch die Preise für die Dienstleistungen erhöhten sich mit +1,3 % überdurchschnittlich hoch.

Das Volkseinkommen, das sich aus dem Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammensetzt, war 2020 um 2,5 % rückläufig. Ursache war hier insbesondere der Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Höhe von 8,2 %. Das Arbeitnehmerentgelt war mit 0,5 % rückläufig. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte reduzierte sich 2020 um 4,9 %.

Das Sparverhalten der privaten Haushalte zog im abgelaufenen Geschäftsjahr mit +51,4 % kräftig an. Trotz finanzieller Einbußen, welche u. a. die arbeitende Bevölkerung auch aufgrund der angeordneten Kurzarbeit in Deutschland erlitten hat, ist der Anteil regelmäßiger Sparer gestiegen. Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Bankenverbandes sparen 63 % regelmäßig. Vor drei Jahren lag dieser Anteil noch bei 53 %.

Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat der Staat im Jahr 2020 mit einem Defizit über 158,2 Mio. EUR das zweithöchste Finanzierungsdefizit seit der deutschen Wiedervereinigung ausgewiesen. Damit endete die seit dem Jahr 2012 bestehende Situation, bei der ein Finanzierungsüberschuss entstanden war. Der europäische Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 3,0 % und die Zielgröße für die nationale Schuldenbremse wurden demnach deutlich verfehlt. Allerdings wurde die Anwendung beider Zielgrößen aufgrund der Corona-Pandemie für die Jahre 2020 und 2021 ausgesetzt.

Gemäß dem im Oktober 2020 erschienenen Finanzstabilitätsbericht der Deutschen Bundesbank hat der Ausbruch der Corona-Pandemie vor Augen geführt, dass unerwartete Ereignisse die Stabilität des Finanzsystems gefährden können. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie stiegen der Stress und die Unsicherheit an den Finanzmärkten weltweit abrupt an.

Weltweit ergriffen Zentralbanken und Regierungen rasch umfangreiche Maßnahmen, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Realwirtschaft und das Finanzsystem einzudämmen. Neben der Geld- und Fiskalpolitik reagierte auch die mikro- und makroprudenzielle Aufsicht, um Spielräume zur Vergabe von Krediten zu schaffen. So wurde etwa die Flexibilität des regulatorischen Rahmenwerks genutzt, um Banken temporär Erleichterungen zu gewähren.

In der ersten Phase der Pandemie, die mit sehr hoher Unsicherheit einherging, drohte eine Liquiditätskrise. Staatliche Maßnahmen waren erforderlich, um diese Liquiditäts- und die damit verbundene Solvenzkrise abzuwenden sowie die Finanzmärkte zu beruhigen.

Aufgrund der schnellen politischen Reaktionen sind die Auswirkungen der realwirtschaftlichen Krise noch nicht vollständig im deutschen Finanzsystem angekommen. Je länger die Krise andauert, desto sichtbarer dürften Solvenzprobleme bei Unternehmen und auch im Finanzsystem werden.

Wie sich eine solche Entwicklung auf die Kreditvergabe des Bankensektors auswirkt, hängt stark davon ab, wie die Banken die entstehenden Verluste absorbieren können. Entwickeln sich die Insolvenzen gemäß den Mustern vergangener Rezessionen, dürften die resultierenden Verluste und Wertberichtigungen für das deutsche Bankensystem gut verkraftbar sein. Allerdings ist fraglich, ob sich die Unternehmensinsolvenzen gemäß den typischen Zusammenhängen der Vergangenheit entwickeln werden. So war der mit dem Corona-Schock verbundene Wirtschaftseinbruch außergewöhnlich schwer und anderer Art als Rezessionen der Vergangenheit.

Mit der Zeit nimmt die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie ab; die wirtschaftlichen Strukturen werden nach und nach sichtbar. Ein starker Anstieg der öffentlichen Verschuldung könnte zu Zweifeln an der Schuldentragfähigkeit von Staaten führen. Dies wiederum könnte die Bonität des Bankensystems im jeweiligen Land infrage stellen, da nach wie vor ein erheblicher Anteil der Staatsanleihen von den dort ansässigen Banken gehalten wird. Auch der Privatsektor dürfte aus der Pandemie mit einer deutlich höheren Verschuldung hervorgehen. Eine hohe öffentliche und private Verschuldung kann die Zentralbanken unter Druck setzen, durch eine expansive Geldpolitik und niedrige Zinsen Belastungen aus einer hohen Verschuldung zu mildern. Die Zinserwartungen an den Finanzmärkten deuten an, dass die niedrigen Zinsen noch länger fortbestehen dürften.

Der Immobilienmarkt blieb bislang stabil, jedoch hat die Vergangenheit gezeigt, dass realwirtschaftliche Entwicklungen erst nach einiger Zeit die Immobilienpreise beeinflussen. Sollten die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Insolvenzen von Haushalten steigen, könnten die Ausfälle bei Wohnimmobilienkrediten zunehmen und somit ist eine negative Auswirkung auf die Höhe der Kreditausfallrisikokosten bei den Banken nicht ausgeschlossen.

Die Gruppe der Sparda-Banken, die aus elf wirtschaftlich und rechtlich selbstständigen Sparda-Banken in Deutschland besteht, konnte nach den vorläufigen Zahlen im Geschäftsjahr 2020 mit einem Anstieg der Bilanzsumme um 3,8 Mrd. EUR bzw. 4,9 % auf 82,2 Mrd. EUR weiter wachsen. Dabei stiegen die Forderungen an Kreditinstitute um 3,7 Mrd. EUR bzw. 32,1 % auf 15,3 Mrd. EUR deutlich an. Bei den Kundenkrediten war ebenfalls ein Zuwachs zu verzeichnen; hier erhöhte sich der Bestand um 0,8 Mrd. EUR oder 1,8 % auf 45,3 Mrd. EUR. Die Barreserve (einschließlich der Guthaben bei der Bundesbank) war nach einem Anstieg im Vorjahr um 1,0 Mrd. EUR auf 2,7 Mrd. EUR rückläufig. Auf der Passivseite stiegen erneut die Kundeneinlagen am stärksten an. Sie erhöhten sich um 3,4 Mrd. EUR oder 4,9 % auf 73,1 Mrd. EUR. Die Einlagenzuwächse betrafen vor allem den Bereich der Sichteinlagen.

Auf Basis der voraussichtlichen Ertragslage der Sparda-Banken zum 31.12.2020 wird das Betriebsergebnis nach Bewertung rückläufig sein. Dies resultiert vor allem aus dem Rückgang des Zinsüberschusses bei gleichzeitig etwas geringeren Verwaltungsaufwendungen und den höheren Aufwendungen aus der Bewertung. Demgegenüber konnte der Provisionsüberschuss verbessert werden.

Die Entwicklung der Sparda-Bank Nürnberg eG, einer Bank der Gruppe der Sparda-Banken, wird nachfolgend dargestellt.

2. Entwicklung der Sparda-Bank Nürnberg eG

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme = Geschäftsvolumen	4.712.813	4.523.235	+189.578	+4,2

Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr um 4,2 % angestiegen. Die Hauptursachen waren sowohl der Anstieg der Forderungen gegenüber Kunden als auch der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Aktivgeschäft

Eigenanlagen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Barreserve (Aktivposten 1)	176.782	278.143	-101.361	-36,4
Bankguthaben (Aktivposten 3)	185.482	132.806	+52.676	+39,7
Wertpapiere (Aktivposten 5 + 6)	1.067.584	1.130.835	-63.251	-5,6
Insgesamt	1.429.848	1.541.784	-111.936	-7,3

Die Barreserve reduzierte sich stichtagsbedingt sowohl im Bereich der bei der Deutschen Bundesbank gehaltenen Guthaben als auch beim Kassenbestand. Durch die Anerkennung der bei der Deutschen Bundesbank gehaltenen Guthaben (151,6 Mio. EUR) als hochliquide Aktiva können regulatorische Anforderungen für die Liquiditätshaltung zielgerichtet erfüllt werden. Der Umfang des Kassenbestandes innerhalb der Barreserve beträgt 25,2 Mio. EUR.

Die Bankguthaben bei anderen Kreditinstituten sind vor allem durch höhere Sicherheitenbestände und Geldanlagen bei der genossenschaftlichen Zentralbank gestiegen.

Die Wertpapierpositionen der Bank reduzierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 5,6 %. Innerhalb der Wertpapierpositionen stieg die Bilanzposition „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ weiter an.

Bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurden in 2020 Wertpapierbestände mit einem Nominalwert von 81,5 Mio. EUR endfällig. Neu in den Bestand genommen wurden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nennwert in Höhe von 10,0 Mio. EUR. Hierbei handelte es sich um Inhaberschuldverschreibungen einer genossenschaftlichen Hypothekenbank.

Die Höhe der Bestände an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren hat sich in 2020 um 33,1 Mio. EUR bzw. 5,3 % auf 662,7 Mio. EUR erhöht. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Umschichtungen (sowohl Käufe als auch Verkäufe) von Immobilienfondsanteile vorgenommen. Darüber hinaus wurden Spezialfondsbestände, wozu auch ein LCR-fähiger Spezialfonds zählt, weiter aufgestockt.

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Forderungen an Kunden (Aktivposten 4)	3.205.919	2.909.831	+296.088	+10,2

In 2020 erhöhte sich der Kundenforderungsbestand deutlich um 296,1 Mio. EUR bzw. 10,2 % auf 3.205,9 Mio. EUR. Der Anstieg entfiel mit 88,2 Mio. EUR bzw. 29,8 % auf den Bereich der Unternehmenskreditvergabe; hier war das seit 2017 verstärkt praktizierte Geschäftsfeld der Immobilienfinanzierung von Wohnungsbaugesellschaften prägend.

Im Bereich der bilanzwirksamen Baufinanzierungen wurden neue Kreditvereinbarungen mit einem Zusagevolumen über 631,1 Mio. EUR und im Bereich der persönlichen Kredite über 42,5 Mio. EUR getroffen.

Die allgemeine Nachfrage nach Immobilien war in 2020 – gemessen an der Anzahl der genehmigten Wohnungen – weiter hoch. Wie das Statistische Bundesamt im Februar 2021 mitteilte, wurden in der Zeit von Januar bis November 2020 288.000 Baugenehmigungen erteilt; davon sollen 169.000 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern entstehen.

Passivgeschäft

Banken- refinanzierungen	Berichtsjahr	Vorjahr		Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1)	221.070	94.606		+126.464	+133,7
Nachrangige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Teilbereich Passivposten 9)	5.022	0		+5.022	-
Insgesamt	226.092	94.606		+131.486	+139,0

Bei den Bankenrefinanzierungen gab es einen deutlichen Anstieg in Höhe von 139,0 % um 131,5 Mio. EUR auf 226,1 Mio. EUR.

Dies betrifft vor allem die Bilanzpositionen im Bereich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Hier ist der Anstieg mit einem Teilbetrag von 75,0 Mio. EUR auf die Teilnahme an längerfristigen Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems („GLRG-III“) zurückzuführen. Darüber hinaus stiegen durchgeleitete Förderdarlehen um 12,2 Mio. EUR auf 100,5 Mio. EUR an. Neu aufgenommen wurden nachrangige Verbindlichkeiten aus dem Bankensektor, die im Bereich des Ergänzungskapitals der Bank angerechnet werden.

Einlagen von Kunden	Berichtsjahr	Vorjahr		Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
- täglich fällig	3.652.238	3.551.763		+100.475	+2,8
- befristete Einlagen	11.822	103.323		-91.501	-88,6
Zwischensumme andere Verbindlichkeiten	3.664.060	3.655.085		+8.975	+0,2
- Spareinlagen	448.325	433.431		+14.894	+3,4
Verbriefte Verbindlichkeiten aus Inhaberschuldverschreibungen gegenüber Kunden	71	106		-35	-33,0
Nachrangige Kundenverbindlichkeiten (Teilbereich Passivposten 9)	25.215	5.079		+20.136	+396,5
Insgesamt	4.137.671	4.093.702		+43.969	+1,1

Die Bestände der Kundeneinlagen stiegen in 2020 leicht um 1,1 % auf 4.137,7 Mio. EUR an.

Der moderate Anstieg war sowohl bei Spareinlagen als auch bei den weiteren Kundeneinlagen zu verzeichnen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren höhere Einlagen öffentlicher Anleger fällig, die nicht mehr prolongiert wurden, so dass das Wachstum der Kundeneinlagen nicht höher ausgefallen ist.

Innerhalb der Spareinlagen waren insbesondere die Einlagenformen „SpardaDynamic“ und „SpardaFest“ aufgrund von Fälligkeiten um insgesamt 26,9 Mio. EUR rückläufig. Bei der klassischen Spareinlagenform „SpardaSpar“ gab es dagegen Zuwächse um 41,9 Mio. EUR auf 283,0 Mio. EUR. Gemessen an den Beständen ist die klassische Spareinlage „SpardaSpar“ im Spareinlagenbestand volumensmäßig am stärksten vertreten.

Der Bestand der anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stieg im Wesentlichen im Bereich der Tagesgeldanlagen und der Girokontenbestände an. Die täglich fälligen Anlagen betragen zum Stichtag 31.12.2020 88,3 % der gesamten Kundeneinlagen.

Sämtliche Serien der Inhaberschuldverschreibungen sind bereits fällig; neue Serien an Inhaberschuldverschreibungen wurden in 2020 nicht aufgelegt.

Im Bereich der nachrangigen Kundenverbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr 2020 nominal 20,0 Mio. EUR, deren Ursprungslaufzeit zehn Jahre beträgt, neu aufgenommen. Diese werden im Bereich des Ergänzungskapitals der Bank angerechnet.

Investitionen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden insbesondere Investitionen für die geplante Transformation des bestehenden Kernbankensystems auf eine moderne, zukunftsfähige Bankingplattform getätigt. Hierzu wurden verschiedene Projekte initiiert, sowohl bei unserem IT-Dienstleister, der Sopra Financial Technology GmbH, als auch bei der Sparda-Bank Nürnberg eG selbst. In einem mehrstufigen Verfahren sollen die IT-Systeme abgelöst bzw. überführt werden.

Darüber hinaus gab es Investitionen für den Wechsel auf die neue digitale Online-Banking-Plattform („TEO“), welche unterschiedliche neue Funktionen bereitstellt.

Weitere Investitionen wurden im Bereich der EDV-Ausstattung durch die Anschaffung von Hard- und Software vorgenommen.

Personal- und Sozialbereich

a) Personalbestand und -struktur

Die Bank beschäftigte zum Bilanzstichtag 311 Mitarbeiter und damit im Vergleich zum Vorjahr 13 Mitarbeiter weniger. Korrespondierend dazu reduzierte sich der Personalaufwand dadurch um 2,8 % auf 22,1 Mio. EUR.

Die vorübergehend unbesetzten Stellen sind hauptsächlich dem Filialvertrieb zuzuordnen. Die Stellenbesetzungen wurden im 2. Halbjahr 2020 nicht vorgenommen, um allen im Februar 2021 auslernenden acht Auszubildenden eine Übernahme und damit einen Einstieg ins Berufsleben nach der Ausbildung anbieten zu können. Im Übrigen erschwert die Corona-Pandemie zusätzlich den durch den Fachkräftemangel in der Bankenbranche ohnehin bereits erschwerten Stellenbesetzungsprozess. In der Pandemie ist die Motivation zum Wechsel des Arbeitsplatzes im Bewerbermarkt deutlich geringer.

Umso erfreulicher ist, dass sich die eigene Fluktuationsquote im Vergleich zu den Werten der vergangenen Jahre sehr positiv entwickelt hat und mit 7,9 % um 5,2 % unter dem Vorjahreswert liegt. Zu der Bindung der Mitarbeiter trägt insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter anderem durch die Ermöglichung der Arbeit in einer Vielzahl verschiedener Teilzeitmodelle bei. Dies wird durch die weiter gestiegene Teilzeitquote auf einen bisherigen Höchstwert von 32,2 % deutlich.

Das hohe Engagement der Mitarbeiter im Geschäftsjahr wurde durch einen im Branchenvergleich hohen Corona-Bonus zum Jahresende besonders gewürdigt.

b) Aus- und Fortbildung

Die persönliche Kompetenz unserer Mitarbeiter bestimmt maßgeblich den Erfolg unseres Kreditinstituts.

Gerade in schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie ist es unser erklärtes Ziel, kontinuierlich Ausbildungsplätze anzubieten und den zukünftigen Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs aus eigenen Reihen zu decken. Die Ausbildungsquote liegt seit Jahren auf hohem Niveau und betrug für 2020 über 13 %.

Auch im September 2020 konnte 16 jungen Menschen ein Ausbildungsstart geboten werden. Zehn Personen wählten den traditionellen Ausbildungsweg Bankkaufmann/-frau und eine Person entschied sich für ein duales Studium mit Bachelorabschluss. Für die strategisch wichtigen Themenfelder Digitalisierung und Dialogmarketing starteten eine bzw. vier Personen ihre Ausbildung. In Summe absolvieren damit derzeit 43 Auszubildende ihre Ausbildung bei der Sparda Bank Nürnberg eG.

Neben der Ausbildung bestimmt die fachliche und persönliche Weiterbildung maßgeblich den Erfolg unserer Bank. Für zielgerichtete und bedarfsorientierte Personalentwicklungsmaßnahmen wurde dementsprechend in den vergangenen Jahren viel investiert. Im vergangenen Geschäftsjahr blieben die Kosten, bedingt durch die Corona-Pandemie, hinter denen der Vorjahre zurück. Durch die Pandemie konnten insbesondere im zweiten und im dritten Quartal viele Qualifizierungsmaßnahmen nicht wie geplant durchgeführt werden. Durch die sukzessiv verbesserten Alternativangebote über Webinare oder andere Online-Schulungsformate konnte bis Jahresende dennoch eine beachtliche Anzahl von 167 Schulungsmaßnahmen im Vergleich zu 206 Maßnahmen im Vorjahr erreicht werden.

Für das Folgejahr ist auf Basis einer strategischen Personalentwicklungsplanung eine konsequente Qualifizierung der Mitarbeiter in Hinblick auf neue Anforderungen des Branchenwandels im Fokus sowie eine verstärkte Bindung von Talenten im Unternehmen durch differenzierte Entwicklungsperspektiven.

c) Sozialbereich

Im Jahr 2020 unterstützten wir zahlreiche soziale Projekte und veranstalteten zur Weihnachtszeit das 27. Mal in Folge die SpardaWeihnachts-Benefizaktion in Kooperation mit der Aktion „Freude für alle“ der Nürnberger Nachrichten. Wir förderten unter anderem kulturelle Großveranstaltungen, die leider kurzfristig, bedingt durch die Corona-Pandemie, ausfallen mussten. Hierzu wurden Alternativformate gefunden. Das Klassik-Open-Air-Konzert und das Bardentreffen in Nürnberg konnten auf der Seebühne stattfinden, das Hafenfest wurde zum Kulturpicknick in Würzburg umgeformt. Außerdem förderten wir das Kleinkunst-Event „Straßenmusikfestival“ in Würzburg.

Gleichzeitig engagierten wir uns in ganz Nordbayern mit großer Leidenschaft für Umweltbildung und Nachhaltigkeit. Mit dem Förderwettbewerb „Sparda macht's möglich“ unterstützten wir Gemeinschaftsprojekte von Kindern und Jugendlichen, die junge Menschen für verantwortungsvolles Denken und Handeln begeistern. 2020 waren die Themenfelder „Umwelt schützen und entdecken“, „Gemeinschaft leben und stärken“ sowie „Talente entdecken und fördern“.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Aufgrund der Corona-Pandemie fand die Vertreterversammlung nicht wie gewöhnlich im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres statt, sondern erst am 13. Oktober 2020. Im Rahmen dieser 89. Vertreterversammlung wurde auch eine Änderung der Satzung beschlossen. Demnach ist ab dem 01. Januar 2022 die Nachschusspflicht der Mitglieder ausgeschlossen.

Der Jahresabschluss 2019 wurde – abweichend von § 48 Abs. 1 S. 1 GenG – auf Grundlage des § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 15.05.2020 festgestellt.

Die Corona-Pandemie hatte teilweise auch Auswirkung auf die Schalteröffnungszeiten der Filialen der Sparda-Bank Nürnberg eG. Ab dem 23. März 2020 wurde auch temporär der Schalterverkehr in allen Filialen geschlossen und dafür in diesem Zeitraum verstärkt die Möglichkeiten der digitalen Beratung genutzt. Die Erreichbarkeit für unsere Kunden war jederzeit gegeben.

In 2020 standen Neuwahlen bei denjenigen Aufsichtsräten an, die bereits drei Jahre als Aufsichtsrat tätig waren.

Aus dem Aufsichtsrat schieden daher satzungsgemäß die Aufsichtsratsmitglieder Frau Silvia Neubauer sowie die Herren Jürgen Pauli und der Aufsichtsratsvorsitzende Herr Franz Rackl aus.

Im Zuge der Vertreterversammlung wurden die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Frau Silvia Neubauer und Herr Franz Rackl wiedergewählt. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Herr Uwe Müller.

Im Rahmen einer im Anschluss an die 89. Vertreterversammlung stattgefundenen konstituierenden Aufsichtsratssitzung am 13. Oktober 2020 wurde der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Herr Franz Rackl erneut als Aufsichtsratsvorsitzender gewählt.

III. Darstellung der Lage der Bank

1. Ertragslage

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss (GuV 1 + GuV 3 – GuV 2)	60.383	59.565	+818	+1,4
Provisionsüberschuss (GuV 5 – GuV 6)	7.447	6.807	+640	+9,4
positives Bewertungsergebnis (GuV 13 + GuV 15 – GuV 14 – GuV 16)	0	851	-851	-100,0
übrige Erträge (sonstige positive GuV-Positionen)	3.142	2.387	+755	+31,6
Ertrag insgesamt	70.972	69.610	+1.362	+2,0
Personalaufwand (GuV 10a)	22.113	22.739	-626	-2,8
andere Verwaltungsaufwendungen (GuV 10b)	32.101	31.159	+942	+3,0
Abschreibungen auf Sachanlagen (GuV 11)	2.103	2.177	-74	-3,4
negatives Bewertungsergebnis (GuV 13 + GuV 15 – GuV 14 – GuV 16)	975	0	+975	-
außerordentliche Aufwendungen (GuV 21)	1.599	1.571	+28,1	+1,8
Steuern (GuV 23 + GuV 24)	5.723	2.643	+3.080	+116,5
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV 24a)	1.000	2.920	-1.920	-65,8
übrige Aufwendungen (sonstige negative GuV-Positionen)	1.146	1.162	-16,3	-1,4
Aufwand insgesamt	66.760	64.371	+2.389	+3,7
Jahresüberschuss	4.212	5.239	-1.027	-19,6

Die Ertragslage der Sparda-Bank Nürnberg eG war im abgelaufenen Geschäftsjahr noch zufriedenstellend. Die Ertragspositionen waren ansteigend; gleichzeitig erhöhten sich aber auch die Aufwandspositionen.

Der Zinsüberschuss lag mit 60,4 Mio. EUR um 0,8 Mio. EUR bzw. 1,4 % über dem Niveau des Vorjahres. Innerhalb des Zinsüberschusses stiegen die Zinserträge (GuV-Position 1) um 1,4 Mio. EUR an. Bei den laufenden Erträgen aus bestimmten Positionen (GuV-Position 3) war ein Rückgang um 5,3 % bzw. 522 TEUR vorhanden. Die Höhe der Zinsaufwendungen (GuV-Position 2) blieb mit 13,7 Mio. EUR nahezu unverändert auf Vorjahresniveau.

Bei den Zinserträgen nahmen die Erträge aus dem Bereich Kredit- und Geldmarktgeschäfte um 2,2 Mio. EUR zu. Die Erträge aus dem Bereich der festverzinslichen Wertpapiere waren dagegen um 0,8 Mio. EUR rückläufig.

Die Zinserträge aus dem Bereich der Kredit- und Geldmarktgeschäfte stiegen aufgrund eines Volumenanstiegs der vergebenen Darlehen an.

Die Ausschüttungen aus den Investmentfondsbeständen, die in der GuV-Position 3a unter den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen werden, erhöhten sich aufgrund des Anstiegs der Investmentfondsbestände um 0,6 Mio. EUR und betragen insgesamt 9,1 Mio. EUR.

Bestandteil des dargestellten Zinsüberschusses sind auch laufende Erträge aus Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften. Diese waren um 1,1 Mio. EUR rückläufig. Ursache ist, dass die Vorjahreswerte eine in dieser Höhe ausgeschüttete Kapitalauskehr eines Beteiligungsunternehmens enthielten, die im Jahr 2020 nicht mehr angefallen ist.

Innerhalb der Zinsaufwendungen gab es einen leichten Anstieg gegenüber anderen Kreditinstituten von 12,3 Mio. EUR auf 12,9 Mio. EUR. Dies ist vor allem im Neuabschluss von Zins-Swaps begründet, die im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden. Dafür wurde ein Teil der bestehenden Zins-Swaps, der nicht mehr im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken benötigt wurde, aufgelöst. Für diese Zins-Swaps konnte ein Nettoertrag aus der vorzeitigen Beendigung in Höhe von 5,2 Mio. EUR verbucht werden, ohne diesen wäre der Zinsüberschuss insgesamt rückläufig gewesen.

Demgegenüber verringerten sich die Zinsaufwendungen im Kundengeschäft für Spar-, Termin- und Sichteinlagen um 19,4 % auf 1,1 Mio. EUR. Längerfristige Kundeneinlagen, die nicht in einer Niedrigzinsphase abgeschlossen wurden, laufen nach und nach aus und werden regelmäßig zinslos als täglich fällige Anlage ersetzt.

Im abgelaufenen Jahr wurden auch verstärkt Refinanzierungsmittel aufgenommen, welche mit einer negativen Verzinsung vereinbart wurden; vor

allem dadurch enthält die Position der Zinsaufwendungen negative Zinsen über 754 TEUR. Die Höhe der hierin enthaltenen negativen Zinsen gegenüber Privatkunden bei größeren Einlagen war hierbei unbedeutend.

Der Provisionsüberschuss stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. EUR bzw. 9,4 % auf 7,4 Mio. EUR an. Dabei reduzierten sich die Provisionserträge um 0,5 Mio. EUR bei gleichzeitig stärkerem Rückgang der Provisionsaufwendungen über 1,1 Mio. EUR.

Im Bereich der Provisionserträge waren insbesondere die Erträge aus dem Bereich des Zahlungsverkehrs (einschließlich Kartengeschäft) niedriger. Der Rückgang betraf primär den Bereich der Gebührenerträge aus dem Kartengeschäft. Auch die Erträge für die Vermittlung von Versicherungen waren rückläufig. Die Höhe der Provisionserträge für die Vermittlung von Bausparverträgen war nahezu unverändert zum Vorjahr; dagegen stiegen die Erträge aus der Vermittlung von Investmentfondsprodukten an.

Bei den Provisionsaufwendungen war der Rückgang über 1,1 Mio. EUR im Wesentlichen durch niedrigere Aufwendungen für die Vermittlung von Bankprodukten begründet.

Im Bereich des Bewertungsergebnisses aus dem Bereich der Kundenkreditbewertung, der Wertpapierbewertung und der Beteiligungsbewertungen wurde im abgelaufenen Jahr ein kompensierter Aufwand in Höhe von 1,0 Mio. EUR ausgewiesen.

Die direkten Risikovorsorgeaufwendungen für die Bewertung unseres Kundenkreditbestandes waren in 2020 weiterhin unbedeutend. Bei Berücksichtigung aller Ertrags- und Aufwandspositionen in diesem Bereich ergab sich noch ein saldierter Ertrag in Höhe von 0,6 Mio. EUR, der sich vor allem durch die Auflösung von gebildeten Einzelwertberichtigungen ergeben hat.

Das Bewertungsergebnis im Bereich der Wertpapiere betrug -1,3 Mio. EUR. Hierbei berücksichtigt sind auch Ergebnisse aus der Veränderung von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken aus dem Bereich der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere. Unter Berücksichtigung des hohen Eigenanlagebestandes der Bank und unter Berücksichtigung der besonderen Marktentwicklung während der Corona-Pandemie bewegen sich die entstandenen Bewertungsaufwendungen in einem vertretbaren Rahmen.

Der Personalaufwand ging um 2,8 % auf 22,1 Mio. EUR zurück. Die Reduzierung betrifft ausschließlich den Bereich der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Löhne und Gehälter. Dies ist sowohl auf einen Rückgang der Mitarbeiteranzahl insgesamt als auch auf geringere Zuführungserfordernisse zu den Personalrückstellungen zurückzuführen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand) stiegen um 0,9 Mio. EUR bzw. 3,0 % auf 32,1 Mio. EUR an. Die Erhöhung betraf mit einem Zuwachs von 3,3 Mio. EUR die Serviceaufwendungen für Datenverarbeitung aufgrund der weiter gestiegenen regulatorischen Aufwendungen und der Weiterentwicklung der IT. Auch die Aufwendungen in den Bereichen der Aufwendungen für Beiträge an die Sicherungseinrichtungen, einschließlich der Beiträge für den einheitlichen Abwicklungsfonds, stiegen weiter an.

Dagegen gab es Kosteneinsparungen insbesondere im Bereich der Marketingaufwendungen sowie der Porto- und Telefongebühren. Rückläufig waren auch die Aufwendungen für die Objektbesichtigungen, die Aufwendungen für die Personalbeschaffung, die Schulungsaufwendungen sowie die Aufwendungen für die Inanspruchnahme für Prüfungs- und Beratungsleistungen. In diesem Zusammenhang positiv wirkte sich hier auch die im zweiten Halbjahr 2020 umgesetzte Reduzierung der Umsatzsteuersätze aus.

Die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen waren mit 2,1 Mio. EUR um 3,4 % niedriger als im Jahr 2019. Während die Abschreibungen auf Gebäude und die Aufwendungen für die Abschreibung von Büro- und Geschäftsausstattung rückläufig waren, haben sich die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte etwas erhöht.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entstanden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 1,6 Mio. EUR. Diese sind im Zusammenhang mit der Transition und Transformation unseres IT-Dienstleisters Sopra Financial Technology GmbH zur Vorbereitung einer Systemmigration angefallen.

Der handelsrechtliche Steueraufwand betrug im vergangenen Jahr 5,7 Mio. EUR und hat sich somit gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Der Steueraufwand entfällt fast vollständig auf den Bereich der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag. Die höhere Steuerlast ist insbesondere auf die steuerliche Behandlung von Eigenhandelsgeschäften zurückzuführen, welche insbesondere im Bereich der Investmentfondsprodukte hierfür in Höhe der steuerlichen Anschaffungskosten bewertet und fortgeführt werden.

Im Jahr 2020 konnte der Sonderposten gemäß § 340g Abs. 1 HGB um 1,0 Mio. EUR aufgestockt werden, so dass entsprechende Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken entstanden sind.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Jahresüberschuss nach Steuern dividiert durch Bilanzsumme) beläuft sich auch für das zurückliegende Geschäftsjahr auf 0,1 %.

Unter Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen verblieb ein Jahresüberschuss in Höhe von 4.212 TEUR. Dieser liegt um 19,6 % niedriger als im Vorjahr und bildet die Grundlage für die Verwendung des Jahresergebnisses zur Bildung von Rücklagen und zur Ausschüttung an die Mitglieder.

2. Finanz- und Liquiditätslage

Die Sparda-Bank Nürnberg eG hat in 2020 die Angemessenheit der Liquiditätslage über die Liquiditätskennziffer „Liquidity Coverage Ratio“ (LCR) ermittelt und beurteilt. Die daraus berechnete Liquiditätskennzahl übertraf bei weitem die erforderliche Mindestanforderung von 100 %. Die Liquiditätslage war jederzeit ausreichend. Zur Liquiditätssteuerung wurde 2020 ein LCR-fähiger Spezialfonds um 20,0 Mio. EUR aufgestockt. Dieser investiert ausschließlich in Wertpapiere, die bei der Berechnung der LCR-Kennziffer angerechnet werden können.

Ergänzt wird dieser kurzfristige Mindeststandard durch einen langfristig orientierten Refinanzierungsstandard („Net Stable Funding Ratio“, NSFR), dessen Ziel die Vermeidung längerfristiger struktureller Liquiditätsinkongruenzen ist. Die Positionen der stabilen Refinanzierung werden quartalsweise an die Bankenaufsicht gemeldet. Eine verbindliche strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) von mindestens 100 % muss erstmalig über die „Capital Requirements Regulation (CRR) II“ ab Juni 2021 eingehalten werden.

Aufgrund des im Vergleich zur Bilanzsumme hohen Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren ist auch in Zukunft mit keiner Beeinträchtigung der Zahlungsbereitschaft zu rechnen. Im Jahr 2021 werden Wertpapierbestände mit einem Nennwert von 40,0 Mio. EUR fällig. Fälligkeiten von bei anderen Kreditinstituten mittel- und längerfristig angelegten Geldern gibt es in 2021 nicht.

Weitere Refinanzierungsmöglichkeiten bestehen im Wesentlichen bei unserer Zentralbank; dort können Kredite aufgenommen und echte Pensionsgeschäfte abgeschlossen werden.

Des Weiteren können Teile der bei der Sparda-Bank Nürnberg eG im Eigenbestand befindlichen Wertpapiere bei der Deutschen Bundesbank als Sicherheit hinterlegt werden. Dadurch können wir auf Refinanzierungsmittel bei der Europäischen Zentralbank in Form von Offenmarktoperationen und Spitzenrefinanzierungsfazilitäten zurückgreifen, um so eine jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen.

3. Vermögenslage

Eigenkapital

Das verbleibende Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder <small>(aus Passivposten 12a)</small>	68.469	53.039	+15.430	+29,1
Rücklagen <small>(Passivposten 12c)</small>	162.067	157.345	+4.722	+3,0
Bilanzgewinn, soweit zur Stärkung des Eigenkapitals vorgesehen	3.641	4.722 *	-1.081	-22,9
Verbleibendes Eigenkapital insgesamt	234.177	215.106	+19.071	+8,9

* entsprechend dem im Jahr 2020 für das Jahr 2019 aktualisierten Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes

Durch die Rücklagendotierung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres, die Aufnahme neuer Mitglieder sowie durch die im Jahr 2020 umgesetzte Erweiterung des möglichen Zeichnungsvolumens von Geschäftsanteilen von bisher maximal 99 Anteilen pro Mitglied auf nun maximal 250 Anteile pro Mitglied konnte das Eigenkapital erneut weiter gestärkt werden.

Die Sparda-Bank Nürnberg eG hat die Angemessenheit der Eigenmittel durch die Anwendung der CRR nachgewiesen. Hierbei wurde die Höhe der Adressenausfallrisiko-Positionen mittels des Standardansatzes ermittelt.

Aufgrund der vorhandenen Eigenkapitalausstattung war die nach den Vorschriften der CRR erforderliche Gesamtkapitalquote auch unter Berücksichtigung des im Rahmen des bankaufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses erlassenen Kapitalzuschlags jederzeit erfüllt. Die Mindest-Eigenmittelanforderungen unterliegen bestimmten Übergangsregelungen, die mit einer schrittweisen Einführung und damit einer Erhöhung der Eigenmittelanforderungen einhergehen.

Es werden jährlich Kapitalplanungen erstellt, die auch den erwarteten Anstieg der risikogewichteten Aktiva und der regulatorischen Kapitalanforderungen berücksichtigen. Entsprechende mögliche Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Eigenmittel werden hierbei eingerechnet.

Kundenforderungen

Unsere Kundenforderungen betragen 68,0 % des Geschäftsvolumens.

Sämtliche akute Risiken wurden durch Wertberichtigungen abgedeckt; für mögliche verbleibende latente Risiken besteht eine ausreichende Risikovorsorge. Vom Gesamtbestand der Kundenforderungen entfielen 78,6 % auf Realkredite, die aufgrund der dinglichen Sicherung mit einer geringeren Ausfallwahrscheinlichkeit behaftet sind.

Wertpapieranlagen

Die Wertpapieranlagen (Bilanzposten Aktiva 5 und 6) betragen 22,7 % des Geschäftsvolumens. Die Wertpapieranlagen der Bilanzposition Aktiva 5 umfassen schwerpunktmäßig Pfandbriefe deutscher Banken mit ausschließlich fester Verzinsung sowie ungedeckte Wertpapiere von genossenschaftlichen Kreditinstituten, die Mitglied der BVR-Sicherungseinrichtung sind. Beigemischt wurden nachrangige Wertpapiere der genossenschaftlichen Zentralbank. Daneben bestehen festverzinsliche Wertpapiere, die von verschiedenen Bundesländern emittiert wurden bzw. deren Rückzahlung von diesen garantiert ist. Bei der Sparda-Bank Nürnberg eG gibt es keine Wertpapierpositionen, die aufgrund schlechter Bonität von Emittenten ausfallgefährdet sind. Auch sind in der Bilanzposition Aktiva 5 keine Wertpapiere ausländischer Konzerne vorhanden. Im abgelaufenen Jahr wurden fällig werdende Wertpapiere kaum durch den Kauf weiterer Wertpapiere ersetzt.

Die Bilanzposition A 6 beinhaltet ausschließlich Investmentfondsvermögen.

Sämtliche Wertpapiere waren der Liquiditätsreserve zugeordnet und wurden folglich nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei der Bewertung des Wertpapierbestandes wurden zum Jahresende handelsrechtlich anerkannte Kursdaten, vordergründig Marktkurse geläufiger Börsenplätze, zugrunde gelegt.

Weitere bedeutende und wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Die Forderungen an Kreditinstitute betragen zum Bilanzstichtag 3,9 % der Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten einen Betrag in Höhe von 100,5 Mio. EUR für Kunden durchgereichte Förderkredite, bei denen zum Zeitpunkt der Fälligkeit in gleicher Höhe entsprechende Zuflüsse erwartet werden.

Im Berichtsjahr wurden verstärkt längerfristige Refinanzierungsdarlehen aufgenommen, welche im Rahmen der Liquiditätsplanung berücksichtigt werden.

Derivategeschäfte

Zum Volumen unseres Derivategeschäfts verweisen wir auf den Anhang zu D. I. Bilanz.

Die Geschäfte wurden ausschließlich mit unserer Zentralbank abgeschlossen.

Sämtliche Zins-Swaps und Swap-Optionen waren in die barwertige Gesamtbanksteuerung eingebunden und dienten der Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos.

Garantieverbund

Die Sparda-Bank Nürnberg eG ist der BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

Die BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) ist in ihrer satzungsmäßigen Funktion als Institutsschutzsystem amtlich als Einlagensicherungssystem anerkannt und erfüllt den gesetzlichen Auftrag, im Falle einer Bankinsolvenz die Entschädigung der Einleger nach Maßgabe des Einlagensicherungsgesetzes vorzunehmen. Darüber hinaus ist sie gesetzlich berechtigt, Maßnahmen zur Abwendung einer Bestandsgefährdung, also zur Verhinderung einer Insolvenz, vorzunehmen.

Parallel zur BVR Institutssicherung GmbH besteht die Sicherungseinrichtung des BVR. Auch sie hat als institutsbezogenes Sicherungssystem die Aufgabe, drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten bei den angeschlossenen Kreditinstituten abzuwenden oder zu beheben, also Insolvenzen zu verhindern. Sollte eine der Sicherungseinrichtung des BVR angeschlossene Bank in eine Schieflage geraten, die sie aus eigener Kraft nicht beseitigen kann, schützt die Sicherungseinrichtung des BVR über den gesetzlichen Schutz der BVR Institutssicherung GmbH hinaus die Einlagen nach Maßgabe ihres Statutes.

4. Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Schwerpunkt unseres Geschäftsgebietes ist der nordbayerische Raum. Unsere Kunden sind größtenteils Privatkunden.

Die Vermögenslage unseres Hauses ist durch eine solide und adäquate Eigenkapitalausstattung geprägt.

Die Finanz- und Liquiditätslage entspricht den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

Vor dem Hintergrund der ab dem Ende des ersten Quartals 2020 auch an den Finanzmärkten spürbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie waren wir mit der Entwicklung der Ertragslage in diesem Jahr noch zufrieden.

Die Risiken der künftigen Entwicklung unserer Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind insgesamt überschaubar.

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

Risikomanagementsystem

Das Risikomanagement ist für uns eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen. Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die regelmäßig überprüft wird. Hierauf aufbauend hat der Vorstand ein angemessenes System zur Risikoidentifikation, -bewertung, -steuerung und -überwachung implementiert, welches in die Gesamtbankplanung und Gesamtbanksteuerung integriert und im Risikohandbuch dokumentiert ist.

Die strategische Risikoausrichtung unserer Bank orientiert sich an unserem grundsätzlich risikoarmen Geschäftsmodell als regional tätige Genossenschaftsbank für Privatkunden. Demnach wird auch bei Engagements in anderen Anlagekategorien geprüft, ob deren Umfang und Risikogehalt mit den Vorstellungen und Erwartungen unserer Mitglieder und Kunden vereinbar ist. Ziel unseres Risikomanagements ist es, negative Abweichungen von unseren Erfolgs-, Eigenmittel- und Liquiditätsplanungen zu vermeiden. Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuersystem dient uns aber zugleich auch zur Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur ermitteln wir unser Gesamttrisikoportfolio und bewerten unsere Risiken, die unsere Vermögens-, die Ertrags- und die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können, sowie die mit ihnen verbundenen Risikokonzentrationen.

Die eingesetzten Methoden, Prozesse, Abläufe sowie die Intensität der methodischen Weiterentwicklung richten sich nach Umfang und Bedeutung der Risiken für die Bank (Proportionalität). Hierbei werden mathematische Verfahren eingesetzt, die aber auch stets hinsichtlich ihres Realitätsbezuges sowie der Modellrisiken kritisch hinterfragt werden, um der Gefahr zu begegnen, dass strategische Fragestellungen allein auf Basis komplexer mathematischer Systeme und statistischer Wahrscheinlichkeiten getroffen werden. Gerade die Finanz- und die Coronakrise haben gezeigt, dass neue Risiken auftreten können bzw. eine grundsätzliche Neueinschätzung von Risiken erfolgt, so dass neben der mathematisch-empirischen Betrachtung der Risiken auch ergänzende Verfahren, Analysen und Expertenurteile herangezogen werden.

Die laufende Überwachung und Steuerung sowie das Reporting bezüglich aller Risiken erfolgt im Rahmen eines Dispositionsausschusses unter Beteiligung des Gesamtvorstandes. Der Aufsichtsrat wird in regelmäßigen Sitzungen über die Gesamttrisikoexposition der Bank durch den Vorstand informiert. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden regelmäßig durch die Interne Revision geprüft.

Risikotragfähigkeitskonzept

Mit Hilfe der Risikotragfähigkeitsrechnung soll sichergestellt werden, dass alle Risiken in unserer Bank durch das zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind. Dabei wird besonderes Augenmerk auf eine durchgängige Methodenkonsistenz gelegt.

Unsere Risikotragfähigkeit basiert auf einem ökonomischen und normativen Steuerungsansatz.

Ökonomisch wird mindestens monatlich durch die Bewertung aller Vermögensgegenstände und Schulden der Vermögensbarwert der Bank ermittelt. Von diesem Wert werden unter anderem noch die erwarteten Risikokosten sowie die zukünftigen Bearbeitungskosten abgezogen; dieser Wert wird als Risikodeckungsmasse bezeichnet, die zur Abdeckung sämtlicher Risiken dient. Damit werden die Risiken der Bank durch Vermögensgrößen außerhalb des regulatorischen und bilanziellen Eigenkapitals abgedeckt und limitiert. Mit dem von uns gewählten Ansatz verfolgen wir das Ziel der Fortführung des Instituts und den Schutz der Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht.

In Ergänzung zum Risikotragfähigkeitskonzept haben wir in unserer Bank einen zukunftsgerichteten mehrjährigen Kapitalplanungsprozess, der die Planung und Überwachung der zukünftigen Tragfähigkeit der eigenen Risiken sicherstellt, eingerichtet. In diesem Kapitalplanungsprozess identifizieren wir rechtzeitig unseren regulatorischen und internen Kapitalbedarf, um diesen Bedarf frühzeitig mittels geeigneter Maßnahmen auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen abdecken zu können. Unsere mehrjährige Kapitalplanung schließt einen Betrachtungszeitraum von fünf Jahren ein.

Darüber hinaus führen wir regelmäßig Stresstests für alle unsere wesentlichen Risikopositionen durch. Stresstests simulieren ungewöhnliche, aber denkbare Ereignisse, die Einfluss auf unsere Risikopositionen haben können. Hieraus erhalten wir Erkenntnisse zur Verbesserung unserer Risikomanagement-Aktivitäten. Unsere Stresstest-Szenarien sind teilweise auch risikoartenübergreifend. Inverse Stresstests runden den Steuerungskreis ab.

Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr ergaben sich nicht.

Risikokategorien

Für unsere Bank sind die folgenden Risikokategorien als wesentlich eingestuft:

Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko verstehen wir das Risiko finanzieller Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. für Zinsen, Aktien, Rohstoffe und Währungen). Die Risikoquantifizierung aller Marktpreisrisiken geschieht mit Hilfe der „Modernen Historischen Simulation“ und einem Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Dieser berechnet mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % bei einer Haltedauer von 250 Tagen den statistischen Vermögensverlust, wenn sich die historisch beobachteten Wertänderungen (Beobachtungszeitraum: ca. 8.200 Tage) in der Zukunft wiederholen. Die innerhalb der Marktpreisrisiken implizit vorhandenen Optionsrisiken aus Kundengeschäften beziehen wir in die VaR-Berechnung mit ein.

Bei der Vermögensallokation nimmt das Zinsbuch traditionell den größten Raum ein. Die Steuerung des Zinsbuches geschieht auf Basis eines passiven Benchmark-Verfahrens, wobei durch die Wahl der Benchmark indirekt auch der grundsätzliche Risikoumfang determiniert ist. Bei der Benchmark orientieren wir uns an gehebelten gleitenden 10-Jahres-Tranchen. Im Geschäftsjahr 2020 trug diese Benchmark dazu bei, Erträge aus der Fristentransformation zu generieren. Andere Asset-Klassen, insbesondere Aktien- und Immobilienfonds, werden im Zuge einer verbreiterten Vermögensallokation mit dem Ziel beigemischt, die im Zinsbuch begrenzten Ertragsperspektiven bei überschaubarem Risiko zu kompensieren.

Die Aussteuerung der Marktpreisrisiken geschieht insbesondere mit Hilfe von Zinsderivaten im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie auf Basis einer stetig verbreiterten Vermögensallokation. Die Limitierung der Marktpreisrisiken erfolgt insgesamt und je Anlageklasse im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes.

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-/Passivsteuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum Bilanzstichtag war keine Rückstellung zu bilden.

Nennenswerte Veränderungen zum Vorjahr haben sich nicht ergeben.

Zur Stabilisierung und Verbesserung des Zinsüberschusses wurde in den letzten Jahren im Rahmen der Asset Allocation sukzessive ein breit diversifiziertes Immobilienfondsportfolio aufgebaut. Die Risikomessung der Immobilienfonds erfolgt im Rahmen einer Monte-Carlo-Simulation mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Risikohorizont von 250 Tagen auf Basis der Einzelimmobilien mittels historischer Zeitreihen, welche die Immobilien bestmöglich repräsentieren.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls, der Migration oder der adressbezogenen Spreadveränderung von Geschäftspartnern das erwartete Ausmaß übersteigen. Das Adressenausfallrisiko umfasst vor allem das Kreditrisiko, das Kontrahenten- und Emittentenrisiko, das Länderrisiko, das Spreadrisiko sowie das Migrationsrisiko. Ferner definieren wir unser Beteiligungsrisiko als Teil des Adressenausfallrisikos.

Im Bereich des Kundenkreditgeschäftes erfolgt vor Kreditvergabe eine sorgfältige Prüfung der Bonität. Es bestehen abgestufte Kompetenzregelungen je nach Kredithöhe und Risikogehalt. Das Kundenkreditportfolio erstreckt sich im Wesentlichen auf Privatpersonen mit überwiegend Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit. Unsere strategische Ausrichtung im Kundenkreditgeschäft besteht darin, durch Kleinteiligkeit und breite Streuung Klumpen- und Konzentrationsrisiken zu vermeiden. Aufgrund des Schwerpunktes im Bereich der privaten Wohnbaufinanzierung vermeiden wir Bewertungsrisiken. Der hohe Anteil an Baukrediten bei volumenbezogenem untergeordnetem Konsumentenkreditgeschäft gewährleistet eine grundsätzliche Besicherung für unsere Kreditengagements. Für das in 2017 gestartete Geschäftsfeld Wohnungsbaugenossenschaften sind Risikobegrenzungsregeln definiert, die die Risikostruktur unseres Kundenkreditportfolios auch für die Zukunft erhalten sollen.

Die Steuerung des Bestandsgeschäftes wird durch ein Frühwarnsystem sowie eine zeitnahe Bonitätsbeobachtung durch VR-Ratingverfahren unterstützt. Die Kreditrisiken im Kundengeschäft messen wir mittels der ratingbasierten Ausfallwahrscheinlichkeiten im Rahmen eines Kreditportfolio-Modells mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Risikohorizont von 250 Tagen. Neben dem Ausfallrisiko wird dabei auch das Migrationsrisiko vereinfacht durch ein PD-Shift-Verfahren berücksichtigt. Die regelmäßige Risikoberichterstattung reicht von Analysen zum Neugeschäft über die gesamte Portfolio-Entwicklung bis hin zur Besprechung bemerkenswerter Engagements.

Insgesamt konnte die Risikostruktur im Kundenkreditgeschäft in den letzten Geschäftsjahren aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung stetig verbessert werden. Das Kreditportfolio wird von uns aufgrund der Ratingverteilung und der EWB-Ergebnisse weiterhin als sehr gut bzw. risikoavers eingestuft. Nennenswerte Veränderungen zum Vorjahr haben sich nicht ergeben.

Bei unseren Eigengeschäften berücksichtigen wir im Rahmen eines Limitkonzeptes das Rating und die Bonität der Partner und der Anlagen. Je Geschäftsart bestehen Handelslinien, Adresslimite und Strukturlimite. Die Messung der Adressrisiken bei den Eigenanlagen erfolgt durch das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte, indem das zukünftige Verhalten definierter Risikoparameter (Rating-Migrationen, Spread-Schwankung, Ausfall und unsichere Verwertungsquote) auf Basis von Zufallszahlen in einer Monte-Carlo-Simulation abgebildet wird. Die Messung erfolgt mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Risikohorizont von 250 Tagen.

Der Umfang der Beteiligungspositionen unseres Hauses ist bilanziell und bezogen auf den Vermögensbarwert von untergeordneter Bedeutung. Lediglich für die Beteiligung an der DZ BANK AG bzw. der entsprechenden Holding erfolgt eine Risikoquantifizierung. Das Risiko wird jährlich auf Basis der relativen Veränderung der DAX-Banken-Sektor-Zeitreihe (seit 1988) mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Risikohorizont von 250 Tagen errechnet.

Nennenswerte Veränderungen zum Vorjahr haben sich nicht ergeben.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft (Refinanzierungskostenrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Aus dem Geschäftsmodell der Sparda-Bank Nürnberg eG resultiert eine inhärente Begrenzung dieser Risiken, da in dem kleinteiligen Privatkundenkredit- und Privateinlagengeschäft keine größeren Abruf-, Termin- oder Klumpenrisiken liegen. Das breit gefächerte Privatkundengeschäft der Bank bedingt stabile und replizierende monatliche und saisonale Zahlungsströme, die eine verlässliche Steuerung der Zahlungsstromrisiken ermöglichen. Die Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund gewährleistet einen zusätzlichen Liquiditätsrückhalt.

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungsmittelzeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungs potenzial (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweilig betrachteten Szenario abgedeckt werden kann.

Im Rahmen der formellen Liquiditätssteuerung wird die Zahlungsfähigkeit anhand der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und gemäß den Anforderungen aus den MaRisk überwacht. Sobald die LCR einen internen Schwellenwert unterschreitet, sind geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung eingerichtet. Die Anforderungen der LCR wurden in 2020 jederzeit erfüllt. Unplanmäßige Entwicklungen mit wesentlichen Auswirkungen auf unsere Liquiditätslage haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, haben wir eine Liquiditätsmanagement funktionsstelle eingerichtet. Diese Stelle übernimmt im Fall eines äußerst ungünstigen Umstandes die operative Steuerung hinsichtlich der jederzeitigen Veräußerung der Bestände liquider Aktiva und kann auf diese zusätzliche Finanzierungsquelle zugreifen. Weiterhin prüft sie die internen Systeme und Kontrollen zur Liquiditätssteuerung.

Das anhaltende Niedrig- und Negativzinsumfeld verursacht ein höheres Liquiditätsrisiko bedingt durch die weiter zunehmende Konzentration der Kunden auf täglich fällige Einlagenprodukte. Die Zahlungsfähigkeit der Sparda-Bank Nürnberg eG war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Ebenso wird das Liquiditätsfristentransformationsrisiko, als Teil des Refinanzierungskostenrisikos, in unserer Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Die Quantifizierung erfolgt mittels Value-at-Risk-Ansatz simulativ auf Basis von historisch beobachtbaren Liquiditätsspreadveränderungen seit April 1997 unter Berücksichtigung eines Risikohorizontes von 250 Tagen und mit einem Konfidenzniveau von 99,9%. Die durchschnittlichen Spreadveränderungen dieses Risikoszenarios finden auch in der normativen adversen Kapitalplanung Anwendung.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken definieren wir in Anlehnung an Basel II als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder aufgrund externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und dolose Handlungen mit ein. Als operationelle Risiken definiert die Bank ebenfalls das Risiko von Auslagerungen (z. B. in den Bereichen der EDV, wie Rechenzentrumsleistungen).

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Die Messung des operationellen Risikos erfolgt auf Basis expertenbasierter Ex-ante-Einschätzungen über zukünftige Schadenhäufigkeiten und -höhen (sog. „Self Assessment“). Auf dieser Datenbasis werden Verteilungen für Schadenhäufigkeiten und -höhen parametrisiert und anschließend in Monte-Carlo-Simulationen verwendet, um erwartete und unerwartete Verluste aus operationellen Risiken zu schätzen (Konfidenzniveau 99,9%).

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über das von uns beauftragte Rechenzentrum, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision sowie Versicherungen (z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

Für bekannte Risiken aus Rechtsstreitigkeiten und anderen Schadensfällen haben wir ausreichend Rückstellungen entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften gebildet. Im Geschäftsjahr 2020 sind, wie im Vorjahr, keine wesentlichen operationellen Risiken mit spürbarer Ertragsauswirkung eingetreten.

Nennenswerte Veränderungen zum Vorjahr haben sich in 2020 nicht ergeben.

Sonstige Risiken

Wesentliche sonstige Risiken sind uns derzeit nicht bekannt.

Zusammenfassende Risikoeinschätzung

Die dargestellten Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen. Zur Steuerung und Überwachung von Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, verfügen wir aus unserer Sicht über ein wirksames Risikomanagement und -controlling. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus Stresstests, die wir entsprechend den Anforderungen der MaRisk für die einzelnen Risikoarten, aber auch risikoartenübergreifend durchführen.

Auch unsere Eigenmittelausstattung lässt erkennen, dass wir bereits heute die in den nächsten Jahren steigenden Eigenmittelanforderungen aus der Capital Requirements Regulation (CRR) II inkl. dem sogenannten SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) mit einem ausreichenden Spielraum erfüllen.

Nach dem Planungsstand zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses ist die Risikolage insgesamt als günstig einzustufen, bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Identität der Sparda-Bank Nürnberg eG basiert traditionell und auch in Zukunft auf der Kernkompetenz, Finanzdienstleistungen für das standardisierte Mengengeschäft anzubieten.

Um die Zukunftsfähigkeit zu sichern, wurde im Jahr 2015 ein Strategieprozess erarbeitet. Hierzu wurden zur Umsetzung eines strategischen Zielbildes zunächst acht verschiedene strategische Initiativen aufgesetzt, die perspektivisch noch um weitere strategische Initiativen ergänzt werden.

Basis der strategischen Initiativen sind die über den Strategieprozess formulierten Einzelziele. Diese Einzelziele stellen eine fest umrissene Orientierung dar, wie die Sparda-Bank Nürnberg eG spätestens im Jahr 2030 positioniert sein soll. Seit Beginn der Umsetzung im Jahr 2015 hat die Sparda-Bank in Summe 37 strategische Projekte innerhalb dieser Handlungsfelder ins Leben gerufen, um die Ziele der Strategie 2030 zu erreichen. Insgesamt haben wir 27 dieser Projekte abgeschlossen. Zum 31.12.2020 befinden sich noch zwei strategische Projekte in der Umsetzung, sechs weitere haben wir aufgrund von Prioritäten temporär auf on-hold gesetzt und zwei Projekte befinden sich derzeit im Abschluss.

Angesichts des im Bankgewerbe seit Jahren zu beobachtenden Rückgangs des Zinsüberschusses bei gleichzeitig gestiegenen Aufwendungen haben wir uns auch in 2020 auf den Ausbau zusätzlicher Ertragsquellen und die Reduzierung von Kostenpositionen in der Bank fokussiert. Zielsetzung ist es, in den Bereichen zu sparen, in denen Kosten schnell reduziert oder begrenzt werden können. Hierzu wurde bereits 2019 das Projekt „Fokus 2024“ aufgesetzt. Im Rahmen eines mehrtägigen KITE-Workshops, wurden in 2020 weitere umsetzungsfähige Maßnahmen erarbeitet, um die erforderlichen finanziellen Spielräume zur Umsetzung der Strategie zu schaffen.

Diese wurden in einen Maßnahmenkatalog zur kurz- und mittelfristigen Umsetzung überführt und in Teilen auch bereits im Jahr 2020 umgesetzt. Es unterliegt einem engen Monitoring, um bei Abweichungen von den Zielen frühzeitig gegensteuern zu können. Beispielsweise haben wir für die Ergebnispotenziale der Maßnahmen so genannte „Härtegrade“ eingeführt. Mit diesen differenzieren wir bei den Potenzialen hinsichtlich des Umsetzungsstatus (geringer Umsetzungsstatus wird mit einem Ergebnisabschluss versehen), um einen aussagekräftigen Blick auf die Ergebnisrealisierung zu erhalten.

Im Mengengeschäft werden auch weiterhin Retail-Standardprodukte angeboten. Das Internet wird zum primären Kontaktpunkt und auch der Vertrieb von Standardprodukten erfolgt immer mehr digital. Mit einem exzellenten Service über alle Vertriebswege wollen wir uns deutlich vom Wettbewerb differenzieren. Darüber hinaus werden bestimmte Kundensegmente noch intensiver als heute betreut und steigern dadurch die Wertschöpfung. Zusätzlich sollen neue Zielgruppen erreicht werden, die zu unserer Marke passen.

Zusammen mit sechs weiteren Sparda-Banken wurde bereits 2019 über ein Beteiligungsunternehmen ein digitales Ökosystem auf Basis einer Online-Banking-Plattform aufgebaut. Über die Anbindung einer Multi-Banking-App („TEO“) und einen in 2020 eingeführten webbasierten Zugang wird den Kunden hier ein modernes Lifestyle-Banking angeboten, das kontinuierlich ausgebaut werden soll. Die Sparda-Bank Nürnberg eG sieht hier die Grundlage dafür, dass den bestehenden Kunden ein deutlicher Mehrwert angeboten werden kann. Dadurch sollen neben der Neugewinnung von Kunden auch zukünftig Geschäftsbereiche erschlossen werden, die zu einer Erhöhung der Provisionserträge führen.

Ziel soll es sein, unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit und Machbarkeit die Geschäftsaktivitäten an die veränderten äußeren Gegebenheiten und Herausforderungen des Kapitalmarktes anzupassen.

Bei der zukünftigen Entwicklung ist die Sparda-Bank Nürnberg eG auch von der allgemeinen Konjunkturlage Deutschlands abhängig.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlicht Konjunkturprognosen. Demnach hängt die Entwicklung in den kommenden zwei Jahren auch davon ab, wie sich das Infektionsgeschehen entwickeln wird. Sofern dieses unter Kontrolle gebracht werden kann, könnte für das Jahr 2021 mit einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 5,3 % und für das Jahr 2022 mit einer Steigerung von 2,6 % gerechnet werden. Ist das Infektionsgeschehen dagegen weiterhin hoch, so dass sich die bestehenden Einschränkungen weit in den Frühling 2021 hinausziehen, kommt es auch 2021 nicht zum Erreichen des prognostizierten Wachstums.

Darüber hinaus ist auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank von Bedeutung. Die nach wie vor bestehende Negativverzinsung auf täglich fällige Einlagen bei der Deutschen Bundesbank belastet die Ertragslage der Sparda-Bank Nürnberg eG.

Da die Sparda-Bank Nürnberg eG überwiegend das Privatkundengeschäft betreibt, ist sie von der konjunkturellen Entwicklung nicht so stark abhängig wie eine Bank, die ihren Schwerpunkt auf das Gewerbekreditgeschäft gesetzt hat. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung geht bei seinen prognostizierten Wachstumsraten davon aus, dass die Arbeitslosenquote mit 5,9 % im Jahr 2021 in etwa auf Vorjahresniveau und mit 5,3 % im Jahr 2022 etwas rückläufig sein wird.

Eine hohe Arbeitslosigkeit und ein Anstieg der Insolvenzen können perspektivisch zu steigenden Kreditausfällen im Geschäftsgebiet der Sparda-Bank Nürnberg eG führen. Die Sparda-Bank Nürnberg eG geht aufgrund der für ein Kreditinstitut typischerweise grundsätzlich vorhandenen Kreditrisiken davon aus, dass zukünftig im vertretbaren Maße Kreditrisikokosten entstehen werden.

Für die Ertragslage ist auch in den kommenden zwei Jahren die Entwicklung der Zinsspanne von entscheidender Bedeutung. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Entwicklung der Marktzinsen gelegt. Eine steile Zinsstrukturkurve wirkt sich positiv für die Sparda-Bank Nürnberg eG aus, dagegen führt eine flache Zinsstrukturkurve zu einer Reduzierung des Strukturbeitrages, der Bestandteil des Zinsüberschusses ist.

Ein auskömmlicher Zins- und Provisionsüberschuss steht im Mittelpunkt unserer Aktivitäten. Auf Grundlage des Businessplans erwarten wir für die Jahre 2021 und 2022, dass der Zinsüberschuss aufgrund des niedrigen Marktzinsniveaus deutlich rückläufig sein wird. Bei den Provisionserträgen gehen wir von steigenden Erträgen aus.

Bei den Verwaltungsaufwendungen (allgemeine Verwaltungsaufwendungen, Personalaufwendungen und Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen) rechnen wir für das Jahr 2021 mit einem deutlichen Anstieg; erst ab 2022 werden diese Aufwendungen auf Basis des erwarteten Niveaus von 2021 wieder leicht rückläufig sein.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird 2021 rückläufig sein; ab 2022 rechnen wir auf Basis des erwarteten Niveaus von 2021 wieder mit ansteigenden Ergebnissen.

Die Sparda-Bank Nürnberg eG rechnet unter Berücksichtigung ihrer Anlagenstruktur mit keinen wesentlichen Ausfällen aus den Wertpapieranlagen in den beiden nächsten Jahren.

Die Sparda-Bank Nürnberg eG strebt eine stetige Erhöhung des Vermögensbarwertes an. Die Veränderung des Vermögensbarwertes spiegelt die Bewertung des Bankvermögens wider. Externe Einflüsse aus Zins- und Aktienmarktentwicklungen sowie realisierte Kundenmargen und Provisionen beeinflussen ihn gleichermaßen, wie auch die entstandenen und erwarteten Aufwendungen in der Bank. Eine wesentliche Auswirkung auf den Vermögensbarwert hat die allgemeine Zinsentwicklung am Markt. Ein deutlicher Zinsanstieg der kurz-, mittel- und langfristigen Zinssätze in 2021 und 2022 würde den Vermögensbarwert negativ beeinflussen.

Bei der bisherigen Prognosedarstellung gehen wir davon aus, dass sich das Coronavirus SARS-CoV-2 nicht weiter expansiv verbreitet und die politisch verordneten wirtschaftlichen Einschränkungen spätestens Ende des Frühjahrs 2021 beendet werden. Eine über diesem erwarteten Maße weitere Verbreitung kann deutliche Auswirkungen auf die Finanzmärkte sowie auf die wirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmen in unserem Geschäftsgebiet infolge von Produktionseinschränkungen und zunehmender Kurzarbeit haben. Mit einer weiteren Ausbreitung des Coronavirus und weiteren politisch verordneten Einschränkungen dürfte die Wirtschaftsentwicklung gegenüber der bisherigen Einschätzung weiter gedämpft verlaufen. Wie stark und wie lang, ist gegenwärtig noch nicht belastbar abzuschätzen und hängt von der weiteren Ausbreitung und den politischen Vorgaben ab. Aufgrund der sehr dynamischen und ungewissen Entwicklung sowie möglicher steigender Infektionszahlen sind relevante konjunkturelle Auswirkungen nicht ausgeschlossen. Hoffnung gibt die Entwicklung verschiedener zugelassener Impfstoffe, welche bei entsprechender massenhafter Verabreichung zu einer Eindämmung weiterer Neuinfektionen führen können.

Unsere Annahmen, die unserer Prognoseberechnung zugrunde liegen, könnten sich somit als nicht zutreffend erweisen. Dabei sind die konkreten Auswirkungen derzeit noch nicht abschließend abschätzbar. Die Pandemie kann bedingt durch Kreditausfälle, Wertpapierabschreibungen sowie einen Bedarf zur Bildung von Rückstellungen im Geschäftsjahr 2021 zu erheblichen negativen Auswirkungen auf unsere Ertragslage und zu einem deutlichen Ergebnisrückgang führen. Die nach wie vor eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten zu Kunden dürften sich nachteilig auf das Neugeschäft sowohl in Bezug auf das Kundenkreditgeschäft wie auch das Provisionsergebnis auswirken.

Die weitere Entwicklung bleibt ungewiss und muss intensiv beobachtet werden. Es ist zu erwarten, dass die negativen Folgen für die Wirtschaftsleistung unserer Bank umso stärker sind, je länger die Pandemie anhält.

Unsere Kernkompetenz ist das Kundengeschäft. Es besteht daher das strategische Ziel, hieraus ein ausreichendes Kerngeschäftsergebnis zu erzielen und hierfür die entsprechenden Geschäftsfelder durch neue Produktangebote auszubauen.

Vor dem Hintergrund der verschärften aufsichtsrechtlichen Eigenmittel-Bestimmungen soll der zusätzlich entstehende Eigenkapitalbedarf sowohl aus eigener Kraft mit thesaurierten Gewinnen als auch durch die Hereinnahme zusätzlicher Eigenkapitalbestandteile gedeckt werden. Für die nächsten beiden Jahre gehen wir davon aus, dass die regulatorischen Mindest-Eigenkapitalquoten eingehalten werden können.

Nürnberg, den 26.02.2021

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Nürnberg eG, Nürnberg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Nürnberg eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst.f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutendsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 3.206 Mio. EUR. Dies entspricht 68,0 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 22. März 2021

Verband der Sparda-Banken e.V.

i.V.

Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

So erreichen Sie uns!

Zentrale

90443 Nürnberg | Eilgutstraße 9

Standorte

90402 Nürnberg | Zentrum · Karolinenstraße 38 – 40

90449 Nürnberg | Süd-West-Park · Südwestpark 62

90471 Nürnberg | Sonnenstraße 4

91522 Ansbach | Brücken-Center · Residenzstraße 2 – 6

63739 Aschaffenburg | Herstattstraße 41 – 43

96047 Bamberg | Lange Straße 19

95444 Bayreuth | Luitpoldplatz 2

96450 Coburg | Mohrenstraße 30

91052 Erlangen | Nürnberger Straße 69

91301 Forchheim | Sattlertorstraße 4 (Am Rathausplatz)

90762 Fürth | Neue Mitte Fürth · Friedrichstraße 6A

91154 Roth | Valentin-Passage 46

91126 Schwabach | Südliche Ringstraße 5C

97421 Schweinfurt | Schrammstraße 2A (gegenüber Stadtgalerie Schweinfurt)

97070 Würzburg | Barbarossaplatz 5 – 7

SB-Center

90443 Nürnberg | Zentrale · Eilgutstraße 9
24 Stunden täglich

90419 Nürnberg | Klinikum Nord · Prof.-Ernst-Nathan-Straße 1
24 Stunden täglich

90419 Nürnberg | Friedrich-Ebert-Platz · Rückertstraße 2
24 Stunden täglich

90471 Nürnberg | Klinikum Süd · Breslauer Straße 201
24 Stunden täglich

90482 Nürnberg | Mögeldorf · Ostendstraße 242
24 Stunden täglich

92318 Neumarkt | Stadtquartier NeuerMarkt · Dammstraße 1
Geldausgabeautomat im Untergeschoss
Montag bis Samstag: 10:00 – 20:00 Uhr

96215 Lichtenfels | Marktplatz 3
24 Stunden täglich



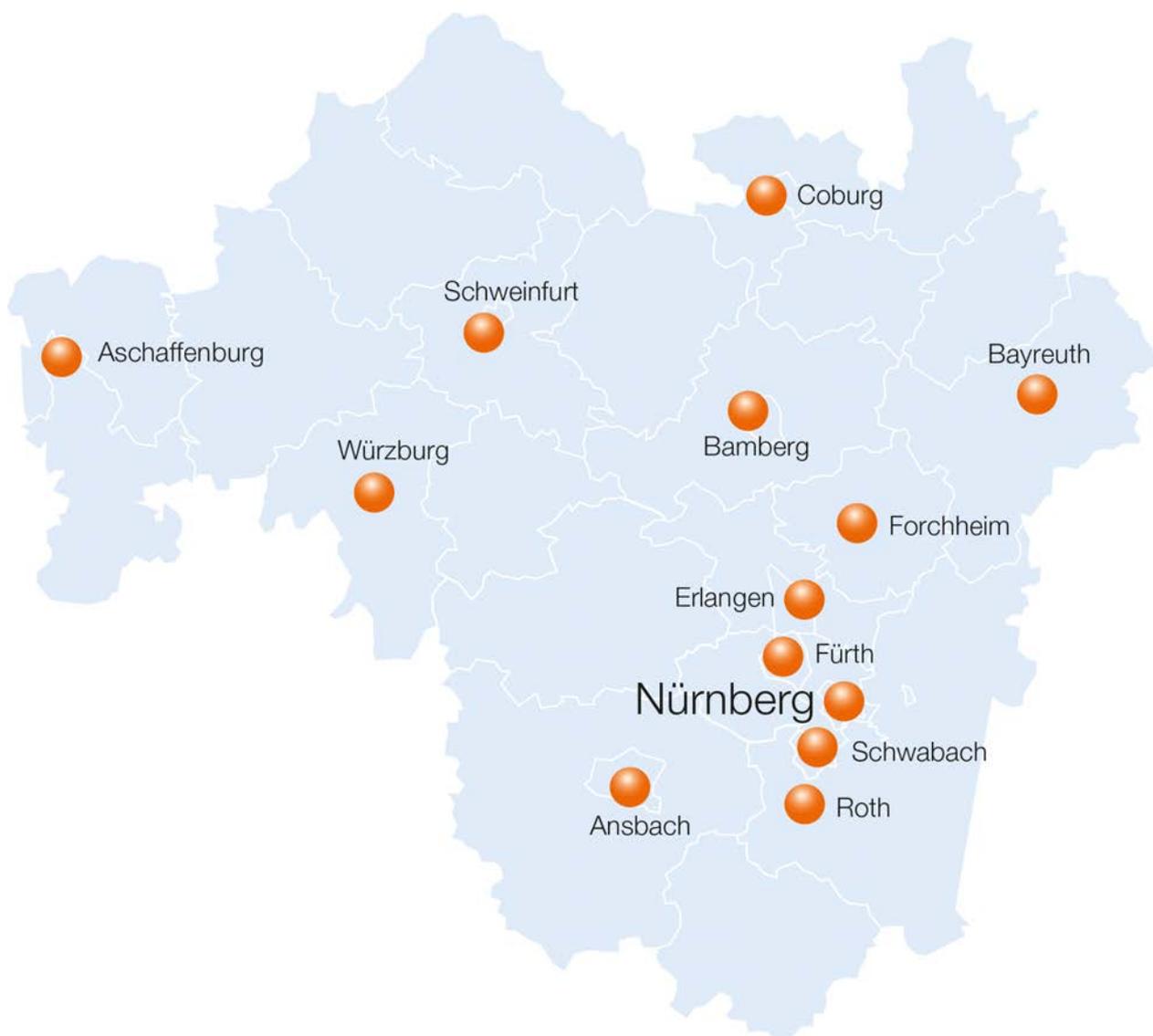
telefonisch: **0911 6000 8000**



persönlich: **in Ihrer Sparda-Bank**



im Internet: **www.sparda-n.de**



Sparda-Bank

Sparda-Bank Nürnberg eG

Eilgutstraße 9

90443 Nürnberg

www.sparda-n.de